

Kreisverband Gütersloh

03. Okt. 2007

## **Antrag zum Landesparteitag *DieLinke.NRW***

Bekämpfung der Überwachung durch staatliche und/oder private Einrichtungen.

Der Landesparteitag ***DieLinke.NRW*** möge beschließen:

In das Programm der Partei ***DieLinke.NRW*** ist eine klare Absage an jegliche Überwachung der Privatsphäre durch staatliche und/oder private Einrichtungen aufzunehmen und dies ist politisch umzusetzen.

U. A. sind dies:

- Keine Totalprotokollierung von Telefon, Handy und Internet (Vorratsdatenspeicherung)
- Keine geheime Durchsuchung von Computern.
- Stopp der Videoüberwachung des öffentlichen Raumes und einer automatischen Gesichtskontrolle.
- Stopp von Biometrie und RFID-Chips in Ausweisen und Pässen.
- Keine nationale/internationale Übermittlung von persönlichen Daten.
- Kein automatischer Kfz-Kennzeichenabgleich.
- Keine zentrale Speicherung von Personendaten.
- Auskunftsrecht über alle gespeicherten Daten.

### **Begründung :**

Die Überwachung hat in Deutschland leider schon eine sehr lange Tradition. Angefangen mit der Geheimpolizei im preußischen Staat, über die GESTAPO des Reinhard Heidrich, bis hin zur STASI des Erich Milke.

In zunehmendem Maß greifen auch Heute wieder staatliche und private Einrichtungen in die persönlichen Freiheiten der Bürger ein. Es gibt ein immer größer werdendes Interesse an den persönlichen Daten des Einzelnen, sei es aus staatlichen, sicherheitstechnischen, oder auch aus wirtschaftlichen Interessen. Nicht nur der „große Bruder“ Staat hat ein Interesse an persönlichen Daten, auch der „kleine Bruder“ Wirtschaft interessiert sich sehr dafür.

Durch Vorratsdatenspeicherungen werden u. a. auch alle Bewegungsdaten aufgezeichnet. Damit wird es dann möglich, jede Bewegung von Personen (Handybesitzern) aufzuzeichnen. Jede Telefonnummer und jede Internetverbindung wird noch nach Monaten und Jahren nachvollziehbar sein.

Lt. Grundgesetz hat das öffentliche Interesse an der Wohnungstür zu enden (Grundrechte: Unverletzlichkeit der Wohnung, Post- und Fernmeldegeheimnis). Das wird nicht mehr so sein, wenn die privaten Computer, heimlich durch die digitale Hintertür, ausspioniert werden. Schutzprogramme gegen solche Onlinespionage sollen ebenfalls verboten werden. Was ist dann mit den Computern von Ärzten, Rechtsanwälten und Journalisten? Wird die Onlinespionage davor halt machen? Was wird mit den gesammelten Daten geschehen? Wie wird damit umgegangen? Wie werden sie ausgewertet? Was bleibt dann noch von dem Rechtsprinzip der Unschuldsvermutung übrig?

Schon Heute wird ein Großteil des öffentlichen Raumes mit Kameras überwacht (immer zu Schutz der Bevölkerung?). Diese Überwachung muss auf **wenige**, gesetzlich festgelegte, Ausnahmen beschränkt werden. RFID-Chips\* (*\*Chips die sich mittels Hochfrequenz über größere Entfernung auslesbar sind*) in Pässen lassen sich jederzeit und überall auslesen, ohne dass der Betroffene etwas davon merkt. Was ist mit den Persönlichkeitsrechten an diesen Daten? Mit automatischen Gesichtskontrollen, automatischem Kfz-Kennzeichenabgleich und RFID-Chips lassen sich schon Heute fast lückenlose Bewegungsprofile aller Menschen erstellen, speichern und abgleichen.

Der neue Personalausweis/Reisepass mit digitalem Fingerabdruck ist schon beschlossene Sache. Wann werden alle Fingerabdrücke in einer einheitlichen Datei zusammengefasst sein? Das hat es in der Geschichte Deutschlands noch nicht gegeben, dass die Fingerabdrücke **aller** Bürger gespeichert werden. Mehr Sicherheit bringt das nicht. Fast jedes Kind ist Heute schon in der Lage Fingerabdrücke zu fälschen.

Alle Krankendaten sollen zukünftig elektronisch und zentral gespeichert werden. Was geschieht mit all diesen Daten? Wie werden sie vor Missbrauch geschützt? Wer wird alles in diese Daten einsehen können, ohne das die Betroffenen davon wissen?

Leider ist es schon übliche Praxis, ohne Wissen der Betroffenen, gespeicherte Daten an andere staatliche und/oder private Einrichtungen weiter zu geben. Als Beispiele sind hier die Weitergabe von Flugpassagierdaten an internationale Dienste zu nennen, oder auch die Weitergabe der persönlichen Daten von ALG-Empfängern u.a. an militärische Dienststellen.

Georg Orwell war gestern. Die Gegenwart sieht noch viel schlimmer aus. Diesem Missbrauch muss Einhalt geboten werden. Legt den Heidrichs und Milkes der heutigen Zeit endlich das Handwerk!

Es ist daher unbedingt notwendig alle bestehenden Überwachungsgesetze zu überprüfen und neue Gesetzesvorhaben auf dem Gebiet der inneren Sicherheit sofort zu stoppen, wenn sie mit weiteren Grundrechtseingriffen verbunden sind.

Wir lassen uns unsere Freiheit nicht rauben, weder von irgendwelchen Terroristen, noch von den Heidrichs und Milkes der heutigen Zeit.

Die Überwachung muss endlich aufhören. **Freiheit statt Angst.**